



positionen

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE

April/Mai 2021

Mehr Düsentriebs statt Aktionismus!

Warum eine innovative Industrie dem Klima mehr bringt als manche NGOs.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



INTERNATIONAL CORNER

Warum die WTO-Regeln dringend ein Update benötigen

Seite 2



AUSBLICK

Wie Industrieunternehmen die Fachkräfte-Situation einschätzen

Seite 5



STEIERMARK

Digitalisierungsoffensive vernetzt Industrie und KMU

Seite 10

Warum die WTO-Regeln dringend ein Update benötigen

Während sich die Welthandelsarchitektur verändert hat, steckt die Welthandelsorganisation im Reformstau fest. An welchen Schrauben gedreht werden muss, zeigen IV-Experten für internationale Beziehungen und Märkte.

Es kann in der WTO nicht so weitergehen wie bisher. Das sagt die nigerianische Ökonomin Ngozi Okonjo-Iweala, die im März als neue Generaldirektorin der Welthandelsorganisation angetreten ist. Baustellen gibt es jedenfalls mehr als genug: Seit dem Scheitern der 2001 gestarteten Doha-Runde gab es keine größeren Handelsliberalisierungen mehr. Im Gegenteil: Zusatzzölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa

Konformitäts- und Anerkennungsverfahren aufgrund unterschiedlicher Standards – sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen.

Faire Spielregeln für alle Marktteilnehmer

Verstöße gegen bestehende Handelsregeln wie verbotene Subventionen (v.a. Exportsubventionen) können oftmals nicht sanktioniert werden. Reformen für faire

Handelsregeln blieben bisher häufig auf der Strecke, weil einzelne Staaten aus nationalstaatlichen Gründen ein Veto einlegten. Eine der Errungenschaften der WTO, die Streit-schlichtung bei Handelsdisputen, ist gelähmt, weil die Vereinigten Staaten von Amerika seit Jahren die Ernennung neuer Berufungsrichter blockieren. Die Berufungsinstanz ist deshalb seit Dezember 2019 handlungsunfähig.

Dabei bräuchte das Regelwerk der 1994 gegründeten Organisation dringend ein Update: Mit dem Aufstieg Chinas zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt hat sich die Welthandelsarchitektur massiv verschoben. Die stark exportorientierte österreichische Industrie fordert daher eine Trendwende: „Es braucht faire Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Das derzeitige Welthandels-system ist nicht mehr zeitgemäß und muss dringend an die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft angepasst werden“, lautet das Credo der IV-Experten für internationale Beziehungen und Märkte.

Handelsliberalisierungen in den Fokus

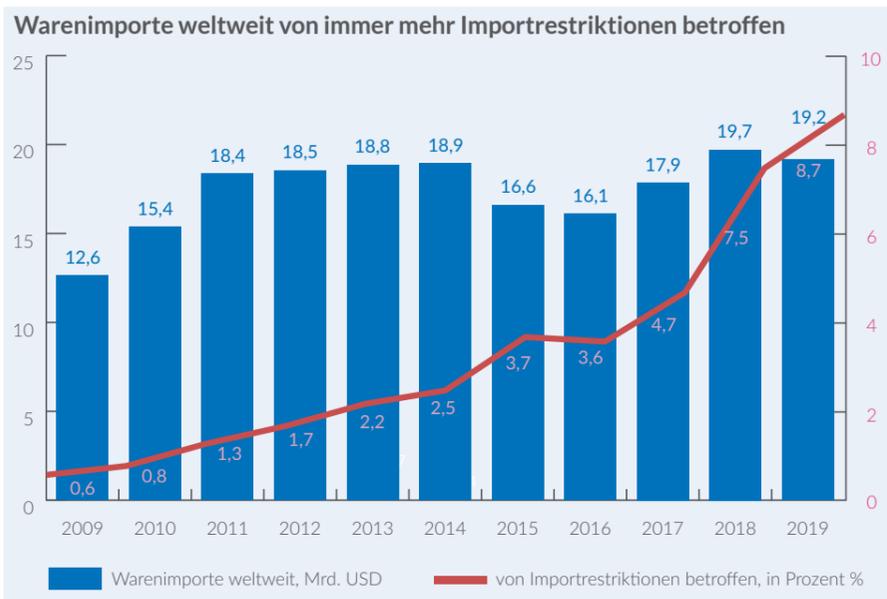
Was muss also auf die Reform-Agenda der WTO? Dringend notwendig sind Verbote und Sanktionsmöglichkeiten gegen erzwungene Technologietransfers, geistiges Eigentum muss besser geschützt werden. Ebenso müssten wettbewerbsverzerrende Subventionen stärker geahndet werden – vor allem

jene, die zur bewussten Produktion von Überkapazitäten führen und Marktpreise destabilisieren. Auch muss das WTO-Ziel, Handelsliberalisierungen durchzusetzen, wieder in den Fokus rücken, Protektionismus ist der falsche Weg. Die WTO ist mittlerweile auf 164 Mitgliedsländer gewachsen. Um ihre Handlungsfähigkeit zu erhöhen, sollte ein einfaches Mehrheitsprinzip die bisher erforderliche Einstimmigkeit bei jeglichen WTO-Entscheidungen ablösen. Zudem sollten bedeutende Volkswirtschaften wie China, Indien oder Russland dem Government Procurement Agreement beitreten. Dieser Vertrag regelt den Zugang zu öffentlichen Aufträgen. Auch sollte der Entwicklungslandstatus nach klaren ökonomischen Kriterien vergeben werden und nicht nach einer Selbsteinschätzung. Länder wie China verschaffen sich dadurch ungerechtfertigte Vorteile.

Jetzt muss die WTO beweisen, dass sie Zukunft hat. Generalsekretärin Ngozi Okonjo-Iweala hat angekündigt, Veränderungen anzugehen: „Wir brauchen jemanden, der in der Lage ist, Reformen voranzutreiben – und das bin ich.“

WEBTIPP

Die ausführliche IV-Analyse „Die WTO zukunftsfit machen“ finden IV-Mitglieder in ihrer **IVTopApp**.



Immer mehr Zusatzzölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse gefährden den Wohlstand. Die WTO muss mit einem adaptierten Regelwerk gegensteuern.

GASTKOMMENTAR

Alles steht und fällt mit der Bildung

Die Forderungen nach einer Stärkung des Kapitalmarkts haben ihre Berechtigung. Wichtigstes Rädchen, an dem es zu drehen gilt, ist das Finanzwissen der Österreicher.

Wer nichts weiß, muss alles glauben. Was einst schon Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach formulierte und die Wissenschaftskabarett-Gruppe „Science Busters“ als Motto gegen das Unwissen auserkoren hat, gilt auch für die Wirtschaftswelt – und ganz besonders für den Kapitalmarkt. Auch wenn es bereits gesagt wurde: Bildung ist der wichtigste Schlüssel, um dem Kapitalmarkt und seinen potenziellen Anlegern auf die Beine zu helfen.

Angst ist gerade in Pandemie-Zeiten ein schlechter, wenn auch nachvollziehbarer, Ratgeber. Dass ein Großteil der Österreicher das Geld nach wie vor lieber hortet als anlegt, zeigt ein Blick auf die Daten der Nationalbank. Per Februar 2021 haben private Haushalte knapp 193 Mrd. Euro an täglich fälligen Einlagen liegen – 2015 waren es knapp 108 Mrd. Euro. Sparkonten sind weiter das Spar-Mittel der Wahl. Auch wenn das Interesse für den Kapitalmarkt gestiegen und die Thematik durch Gamestop und Co. ins breite öffentliche Interesse gerückt ist.

Warum Bildung so wichtig ist? Der Satz „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ ist zwar in den allermeisten Fällen falsch, was aber richtig ist:

Im Erwachsenenalter ist es deutlich schwieriger, die Scheu vor dem Kapitalmarkt zu verlieren. Denn wer schon bei der Definition der Begriffe ETFs und Anleihen ein ungutes Gefühl in der Magengrube bekommt, wird

„In der Bedeutung der Kapitalmärkte hinkt Österreich bekanntlich international deutlich hinterher, beim Wagniskapital besonders.“

sich nicht näher mit dem Thema befassen wollen. Je früher der Kapitalmarkt also auf der persönlichen Agenda ist, desto besser – Stichwort Schule.

Dabei müssen auch wirklich alle Schüler erreicht werden, und zwar von unabhängigen Experten. Denn neben den altbekannten Risiken am Kapitalmarkt zeigen auch die neuen Trends, wie wichtig Wissen ist – Stichwort

Robinhood. Es braucht Eigeninitiative und Fachwissen, um solche Geschäftsmodelle zu verstehen und eigene Risiken abschätzen zu können.

Übrige Handlungsfelder wurden bereits vielerorts gefordert, etwa steuerliche Anreize wie die ohnehin schon ins Auge gefasste Wiedereinführung einer Behaltfrist, ab der Gewinne auf Wertpapiere steuerfrei sind. Dennoch stößt man auch hier auf das Grundproblem Bildung. Wer sich nicht auskennt, dem hilft der schönste steuerliche Anreiz nicht. Das fällt schlussendlich allen auf den Kopf. Unternehmen, verhinderten Anlegern und dem Staat. In der Bedeutung der Kapitalmärkte hinkt Österreich bekanntlich international deutlich hinterher, beim Wagniskapital besonders.

Natürlich gibt es auch bei den Unternehmen Hebel, an denen man ansetzen könnte. Auch sie sind bekannt – etwa die schon vor der Krise viel geforderte Eigenkapitalstärkung, die Unternehmen resilienter macht. Eine Maßnahme zur Stärkung des Kapitalmarkts kann eine steuerliche Gleichbehandlung von Eigen- und Fremdkapital sein. Solche Maßnahmen müssen Hand in Hand mit dem Schmachhaftmachen des Kapitalmarkts für Private gehen. Kommen die Gelder weg von den Sparkonten hinein in den Kapitalmarkt,

gibt es mehr Rendite für die privaten Anleger und frisches Geld für die Unternehmen. Nicht zuletzt profitieren auch die heimischen Banken, weil sie für geringere Spareinlagen, die stattdessen am Kapitalmarkt ihre Dienste tun, weniger Zinsen an die EZB zahlen müssen.

Ideen zur Belebung des Kapitalmarkts gibt es genug, sie müssen auf politischer Ebene diskutiert und umgesetzt werden – rasch. Denn essenziell ist ein unverzügliches Handeln, auch und gerade beim Thema Bildung.



Anita Kiefer ist Wirtschaftsredakteurin der Tageszeitung „Kurier“.

Der Aufschwung wird kräftig...

...wenn jetzt die richtigen Weichen gestellt werden. Impf-Offensive und Comeback-Plan spielen dabei Schlüsselrollen.

Österreichs Produktionssektor und Kreditwirtschaft haben entscheidenden Anteil daran, dass der Wirtschaftsmotor in Österreich trotz Pandemie am Laufen geblieben ist. Und ebenso ist die Industrie jetzt startklar für einen Aufschwung, von dem ganz Österreich profitieren wird. Wie kräftig dieser Aufschwung ausfallen wird, hängt entscheidend auch von den Rahmenbedingungen dafür ab. Die drei wichtigsten Weichenstellungen:

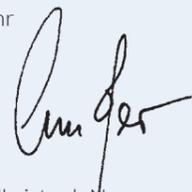
- Die Impfung ist in jeder Hinsicht ein game changer – gerade auch für die wirtschaftliche Gesundheit unseres Landes. Nach der Versorgung der Hochrisiko-Gruppen mit Vakzinen muss es auch eine Priorität für Schlüsselkräfte der Industrie geben – etwa für jene, die im Ausland österreichische Produkte verkaufen oder Anlagen errichten. Tatsache ist: Viele Konkurrenten aus anderen Staaten können ihre Beschäftigten bereits zu Kunden in wichtige Märkte entsenden, weil diese Länder mit ihrer Impfstrategie bereits weiter sind. Geimpfte Schlüsselkräfte sind ein wichtiger Standortfaktor, den wir uns rasch sichern müssen.
- Die Standortattraktivität für Investitionen, die den Aufschwung stärken, muss durch ein entsprechendes Standortpaket verbessert werden. Die von der Industrie empfohlene Investitionsprämie ist ein gutes Beispiel für Maßnahmen, die auf dieses Ziel einzahlen. Denn klar ist: Nur, wo investiert wird, können Zukunft und Beschäftigung wachsen. Auch die

Stärkung des Eigenkapitals von Betrieben ist jetzt ein wichtiges Thema für krisenfestes Wachstum und Aufschwung. Dass die Bundesregierung in ihrem Comeback-Plan die Standortstärkung zum Schwerpunkt erklärt hat, ist ein wichtiges Signal. Jetzt geht es darum, diesen Plan mit Leben und entsprechenden Maßnahmen zu füllen – und konzertierte umzusetzen.

- Eine kluge Politik für Aufschwung und Beschäftigung ist auch im Kontext der Klimaschutzziele unverzichtbar. Unseren Betrieben noch schärfere Umweltziele aufzubürden ist der Weg in die wirtschaftliche und ökologische Sackgasse: Die Absiedelung von Betrieben an Standorte mit niedrigeren Standards gefährdet Aufschwung, Jobs und Umwelt. Wir brauchen daher wirksame Unterstützung für die Transformation (siehe Titelgeschichte), gerade mit Blick auf Forschung und Übergangslösungen.

Das Licht am Ende des ökonomischen Krisen-Tunnels ist ein starker, erfolgreicher Industriestandort Österreich. Er braucht jetzt die besten Rahmenbedingungen, damit der Aufschwung so kräftig, rasch und nachhaltig wie möglich ausfallen kann.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



WIRTSCHAFTS-
INNOVATIONEN



„Darum geht es bei Reformen: Nicht ums Kürzen, sondern wie schaffe ich den größten Output mit dem geringsten Input? Da haben wir noch ganz viel zu tun.“

Monika Kircher,
Aufsichtsratsmitglied u.a.
bei Andritz AG und
Siemens AG Österreich



„Österreich soll international als automotive-freundliches Land wahrgenommen werden. Alle Aufträge, die dieser Wirtschaftszweig hat, kommen von internationalen Herstellern.“

Günther Apfalter,
Präsident von Magna Europa und Asien



„Die gegenwärtige Krise muss genützt werden, um alles, was in kurzer Zeit digital erreicht wurde, voranzutreiben.“

Sabine Herlitschka,
Vorstandsvorsitzende
Infineon Technologies Austria AG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 18. April war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS

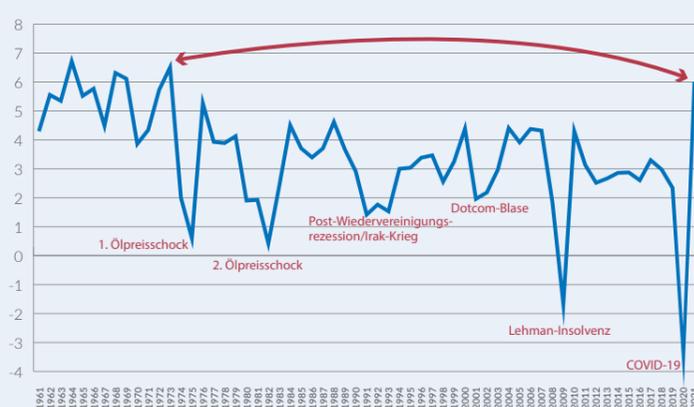


GRAFIK DES MONATS

International gesehen ist der Aufschwung schon seit Monaten Realität. In seiner aktuellen Prognose erwartet der IMF ein Wachstum von real sechs Prozent für die Weltwirtschaft. Wenn dies so einträte, handelte es sich um die stärkste weltweite Expansion in den vergangenen fünf Jahrzehnten – stärker ist die Weltwirtschaft zuletzt im Jahr 1973 vor dem ersten Ölpreisschock gewachsen.

Getragen wird die globale Erholung von den beiden weltgrößten Volkswirtschaften. Die USA und China sprinten Europa mit einem Anstieg von voraussichtlich sechseinhalb bis achteinhalb Prozent davon. Vergleichsweise bescheiden nimmt sich die Wachstumsdynamik in der Eurozone aus, die nur etwas mehr als halb so kräftig ausfallen wird wie jene auf der anderen Seite des Atlantiks.

Größtes weltweites Wirtschaftswachstum seit fast 50 Jahren

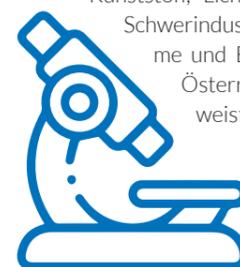


Quelle: IMF

ZAHL DES MONATS

7

Die Corona-Krise hat dem Erfindergeist Österreichs keinen Abbruch getan: Im internationalen Vergleich belegt Österreich mit 2.303 Patentanmeldungen Rang 14 des Patent Index 2020 des Europäischen Patentamts (EPA) und schafft somit ein stabiles Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr. Betrachtet man die Patentdichte im Verhältnis zur Einwohnerzahl, liegt Österreich global sogar auf Rang sieben. Besonders innovativ sind hierzulande Unternehmen aus den Bereichen Kunststoff, Lichtsysteme, Halbleiter, Schwerindustrie, Antriebssysteme und Beschlägerherstellung. Österreichs Industrie beweist somit Krisenresistenz und zeigt, dass mit Hilfe ihrer Innovationskraft der Aufschwung gelingen wird.



Der (noch) blockierte Aufschwung?

International stehen die Zeichen auf Wachstum. Wie Österreich davon profitieren kann und was einer kräftigen Erholung noch im Weg steht, zeigt eine aktuelle Analyse von IV-Chefökonom Christian Helmenstein.

Sie sind 2021 die Sprinter im weltweiten Konjunkturaufschwung: Während der Internationale Währungsfonds für die USA einen BIP-Anstieg von 6,4 Prozent prognostiziert, soll Chinas Wirtschaft laut OECD um 7,8 Prozent zulegen. Vergleichsweise bescheiden ist die Wachstumsdynamik in der Eurozone, die nur etwas mehr als halb so kräftig ausfallen wird wie jene auf der anderen Seite des Atlantiks.

„Global hat der Aufschwung längst eingesetzt“, erklärt IV-Chefökonom Christian Helmenstein. Das belegt etwa der RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Demnach hat der Welthandel sein Prä-COVID-Niveau bereits deutlich überschritten. Auch der vom Institute for Supply Management veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für die Neuauftragseingänge in der US-Industrie deutet

„Global hat der Aufschwung längst eingesetzt.“

Christian Helmenstein
IV-Chefökonom

mit einem Wert jenseits der 60 Punkte auf den Beginn einer Boomphase. Zudem verweist Helmenstein auf die Preise wichtiger Industrie-Rohstoffe wie Kupfer oder Eisen,



Je rascher die Corona-Maßnahmen aufgehoben werden können, desto höher das BIP-Wachstum. Sollte das bis spätestens Ende Juni erfolgen, könnte Österreichs Wirtschaft noch um 2,9 Prozent zulegen.

die bereits „Hochkonjunkturniveau erreicht“ hätten. Interessantes Detail: Während die Effekte der COVID-19-Pandemie auf den Welthandel binnen vier Monaten bereits weitgehend überwunden wurden, waren dazu nach der Lehman-Krise 2008/09 acht Quartale erforderlich.

Industrie überschreitet Vor-Krisen-Niveau

Für die stark exportorientierte heimische Industrie sind das grundsätzlich gute Nachrichten. „Zum ersten Mal in der Neuzeit trifft eine konjunkturelle Großkrise nicht primär die Industrie, sondern vor allem den Dienstleistungssektor“, erörtert Helmenstein. Er rechnet damit, dass Österreichs Industrie spätestens mit Februar 2021 das Prä-COVID-Produktionsniveau

nachhaltig überschritten haben dürfte. Die gesamte Volkswirtschaft wird aus heutiger Sicht mindestens vier bis fünf Quartale länger benötigen.

„Die Industrie hat die Pandemie professionell gemeistert und inzwischen die Rolle der Wachstumslokomotive für Österreich übernommen. Allerdings gilt es zwischen den Branchen zu unterscheiden“, lautet die Analyse des Ökonomen. Eine besonders kräftige Erholung war für die Fahrzeugindustrie und die chemische Industrie zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu sind jene Bereiche stark getroffen, die unter den Corona-Maßnahmen direkt oder indirekt leiden, wie etwa die Luftfahrtzulieferer oder die Brauereien.

Effektive Test-, Tracing- und Impfstrategie

Helmenstein ist überzeugt, dass Österreich am kräftigen internationalen Aufschwung partizipieren kann: „Alle drei Hauptnachfragekomponenten des BIP – Konsum privater Haushalte, Exporte und Ausrüstungsinvestitionen – bergen ein enormes Erholungspotenzial für die österreichische Wirtschaft. Sobald erstens die uneingeschränkte Erreichbarkeit der Märkte wiederhergestellt ist, ist mit einem merklichen Anziehen der Exporte zu rechnen. Würde sich zweitens die COVID-bedingt nahezu verdoppelte Sparquote im Jahresverlauf lediglich von derzeit 14 auf neun Prozent zurückbilden, impliziert dies eine zusätzliche Konsumnachfrage in Höhe von 11,25 Mrd. Euro binnen Jahresfrist. Im Vorgriff auf die kommende Konjunkturerholung sowie zur weiteren Digitalisierung des Wirtschaftens, kräftig unterstützt durch die Investitionsprämie, liegen drittens die Ausrüstungsinvestitionen bereits im Plus.“

Voraussetzung ist und bleibt aber die rasche Bekämpfung der Pandemie mit einer effektiven Test-, Tracing- und Impfstrategie. Wegen der epidemiologischen Lage hat der IV-Chefökonom einen Prognosefächer errechnet: Je rascher die Corona-Maßnahmen aufgehoben werden können, desto höher das BIP-Wachstum. Sollte das bis spätestens Ende Juni erfolgen, könnte Österreichs Wirtschaft noch um 2,9 Prozent zulegen. Enden die Einschränkungen erst Ende September, würde der Anstieg auf magere 1,6 Prozent zurückgehen.



Industrie-Austausch mit Wirtschaftslandesräten

Bei einer Video-Konferenz mit den Wirtschaftslandesräten aller Bundesländer im März betonte IV-Präsident Georg Knill die Bedeutung der Industrie für das Land: „Eine starke Industrie, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen sowie Zuversicht und Optimismus sind die Grundpfeiler, mit denen wir die Corona-Krise bewältigen und ein erfolgreiches Comeback der Wirtschaft schaffen können.“ Bei den großen Herausforderungen unserer Zeit – Bewältigung der Corona-Pandemie sowie die grüne und digitale Transformation – sei die Industrie mit ihrer Innovationskraft und Umsetzungskompetenz wichtiger Teil der Lösung. Zudem plädierte der IV-Präsident einmal mehr, dass nach den vulnerablen Gruppen vor allem die Schlüsselarbeitskräfte in der exportorientierten

Industrie schnell(er) geimpft werden müssten. Knill: „Jeder Tag zählt. Die Mitarbeiter – seien es Montage- & Service- oder Verkaufsteams – müssen rasch wieder ihre Kunden in der Welt erreichen können.“

Weitere Themen waren die Energie- und Mobilitätswende sowie die Dauer von Genehmigungsverfahren bei standortrelevanten Projekten, resiliente Logistikketten, Infrastruktur und Raumplanung sowie Lehrlingsausbildung und Fachkräftemangel. Oberösterreichs Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner betonte bei dem Austausch: „Wichtig zur Absicherung der Industrie und damit der Arbeitsplätze in unserem Land ist auch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen durch die öffentliche Hand.“

Wettbewerbsfähigkeit ist das Um und Auf

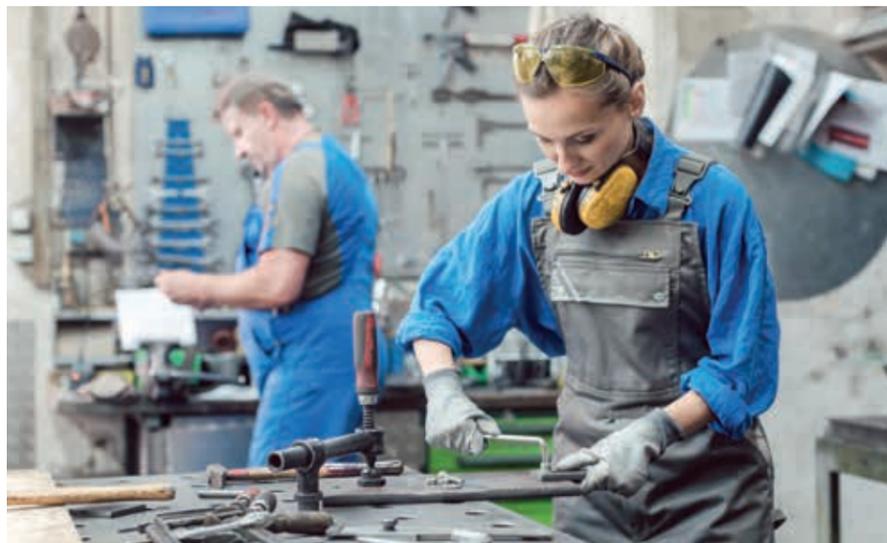
Mit dem „Comeback-Plan“ der Bundesregierung gilt es nicht nur, an die Entwicklung von 2019 anzuschließen – wir müssen darüber hinauswachsen. Das betonte IV-Präsident Georg Knill in der ORF-„Pressestunde“ im April. „Wettbewerbsfähigkeit ist das Um und Auf. Das müssen wir auf den letzten Metern dieses Pandemie-Marathons im Blick haben, wenn es jetzt um Konzepte geht, wie der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt aus der Krise kommt.“ Die Industrie plädiert für investitionsstärkende Maßnahmen, wie etwa die Investitionsprämie, sowie eigenkapitalstärkende und entlastenden Maßnahmen, wie etwa die im Regierungsprogramm festgelegte KÖSt-Senkung auf 21 Prozent. „Das würde einen unheimlichen Investitionsschub bringen, den wir dringend brauchen.“

Die für Österreich vorgesehenen Gelder aus dem EU-Wiederaufbauplan müssten sinnvoll eingesetzt werden. Schwerpunktmäßig geht es um Digitalisierung und Klimaschutz. Gerade das Thema neue Technologien sei wesentlich – vor allem beim Klimaschutz, „zu dem wir uns als österreichische Industrie voll und ganz bekennen“, hielt Knill fest, der unter anderem auf die Bedeutung internationaler strategischer Partnerschaften hinwies: „Das braucht Europa, um Liefer- und Wertschöpfungsketten sowie die Versorgung mit Rohstoffen zu sichern.“ Dies sei wesentlich, damit Europa die technologische Transformation mitgestalten kann und nicht weitere Abhängigkeiten entstehen. „Wir sehen auch, dass Produktion allein nicht reicht, wir müssen Warenströme, Lieferketten und die Rohstoffversorgung sicherstellen“, so Knill.



Lücke zwischen Qualifikationsbedarf und Verfügbarkeit klafft auseinander

Der Fachkräftemangel ist gegen Corona immun. Wie die Unternehmen die Situation einschätzen und welche Qualifikationen in den nächsten Monaten besonders gefragt sind, belegt eine IV-Mitgliederumfrage.



Die Corona-Krise hat den Fachkräftemangel nur vorübergehend gedämpft. Trotz hoher Arbeitslosigkeit bleibt die Suche nach qualifiziertem Personal für die überwiegende Mehrheit der Industriebetriebe eine zentrale Herausforderung. Das geht aus einer IV-Blitzumfrage unter 310 heimischen Industrieunternehmen hervor, die direkt rund 200.000 Arbeitsplätze in Österreich sichern. Wie hat sich die Verfügbarkeit von Fachkräften im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit vor einem Jahr verändert? Rund 38 Prozent der Firmen geben an, dass sich die Situation sogar weiter verschärft hat.

Industrie sucht Lehrlinge

An Bedeutung gewinnen wird daher das Thema Aus- und Weiterbildung. Genau

hier orten viele Betriebe den Kern des Problems: Die Lücke zwischen Qualifikationsbedarf und Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt klafft auseinander. Welche Qualifikationen sind in der Industrie besonders nachgefragt? 83 Prozent der befragten Unternehmen erwarten im Bereich Technik und Produktion den größten Fachkräftebedarf. Für rund 40 Prozent wird bei der Informationstechnologie qualifiziertes Personal besonders stark nachgefragt sein, jedes dritte Unternehmen sucht für Forschung & Entwicklung. Die besten Jobperspektiven haben Personen mit HTL- oder HAK-Abschluss – hier erwartet mehr als jedes zweite Unternehmen (54 Prozent) hohen Bedarf, gefolgt von Absolventen einer Lehre (53 Prozent) und Hochschulgraduierten (45 Prozent).

Mit mehr als 16.000 Lehrlingen ist die Industrie zweitgrößter Lehrlingsausbildner im Land. Auf Bundes- und Länderebene hat die IV in den vergangenen Wochen klar kommuniziert, dass die Bereitschaft der Unternehmen nach wie vor groß ist, Lehrlinge aufzunehmen. Viele Unternehmen – gerade in industriestarken Regionen – können ihre Lehrplätze nicht besetzen. Jedes dritte Unternehmen gibt an, dass die Zahl der Bewerbungen merkbar abgenommen hat. Ein Problem ist die Corona-Aufstiegs Klausel: Der Anteil der BHS-Schüler, die nach Ende der Pflichtschulzeit eine Lehrstelle antreten, ist um 15 Prozent gesunken, weil viele mit einem oder mehreren Fünfern aufsteigen konnten.

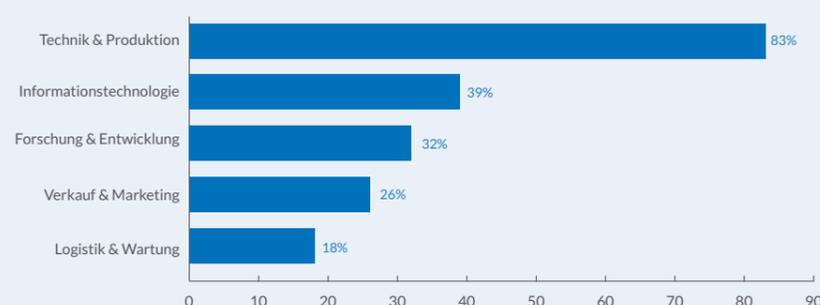
11.500 neue Mitarbeiter

Was ist notwendig, um Weiterqualifizierung von Mitarbeitern voranzutreiben? Zwei Drittel der Unternehmen sehen als

wichtigste Maßnahme, dass die Beschäftigten mehr Bereitschaft und Motivation für Weiter- und Umqualifizierungsmaßnahmen an den Tag legen müssen. An zweiter Stelle stehen zusätzliche physische Aus- und Weiterbildungsangebote (40 Prozent). Jeder dritte Betrieb schlägt weitere öffentliche finanzielle Mittel vor.

Aus gutem Grund setzt sich die IV für eine Angebotsoffensive der bestehenden Bildungseinrichtungen für umfassende Weiterbildung, Neu-Qualifizierung und lebenslanges Lernen ein. Der Handlungsbedarf ist groß. Denn – und das ist die gute Nachricht – alleine die 310 Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, planen in den nächsten Monaten, mehr als 11.500 neue Mitarbeiter einzustellen, wenn die österreichische Wirtschaft wieder auf den gewohnten Wachstumspfad zurückkehrt.

Die Top 5-Bereiche, in denen Industrieunternehmen den größten Fachkräftebedarf erwarten



Kapitalmarkt: Nicht nur Awareness, sondern steuerliche Anreize schaffen

Gerade einmal jeder Vierte, der noch nicht an der Börse veranlagt ist, ist prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen oder Investmentfonds interessiert. Lediglich vier Prozent der befragten Österreicher geben an, sich sehr gut mit Veranlagungen an der Börse auszukennen. Eine Umfrage des Aktienforums zeigt, dass sich der Kapitalmarkt in der Meinung der Bevölkerung zwischen vermeintlich „bekanntem Unwesen“ und „unbekanntem Wesen“ bewegt. Eine aktuelle Detailauswertung weist zudem aus, dass Frauen deutlich risikaverser sind als Männer. Während 25 Prozent der befragten Männer angeben, dass in ihrem Haushalt Geld in Form von Aktien angelegt ist, sind es bei den Frauen nur zehn Prozent. Bei „anderen Wertpapieren“ liegt dieser Wert bei 16 Prozent (Männer) bzw. acht Prozent (Frauen).

Die neue IV-Task Force „Kapitalmarkt und Unternehmensfinanzierung“ beschäftigt sich intensiv damit, wie das Interesse der Österreicher für dieses wichtige Thema gestärkt werden kann. „Wissen ist die beste Risikovorsorge, weil man Entwicklungen besser einschätzen kann. Die Aktienmärkte sind im Februar und März des Vorjahres drastisch eingebrochen, die meisten haben sich aber bis Jahresende wieder erholt. Das muss man wissen und einschätzen können“, erklärt die Task Force-Vorsitzende und

Vorständin der Oesterreichischen Kontrollbank, Angelika Sommer-Hemetsberger. Konkret basiert die Arbeit der Task Force auf drei Säulen: „Neudenken der Unternehmensfinanzierung – Finanzierungspalette verbreitern“, „Erleichterte regulatorische Anforderungen an den Kapitalmarkt“ sowie „Private und betriebliche Altersvorsorge weiterentwickeln“. Dabei gilt es, nicht nur das Bewusstsein in der Bevölkerung zu schärfen, sondern Wert und Nutzen eines starken Kapitalmarkts der Politik sichtbar zu machen. „Es wäre schön, wenn es hier nicht nur so weit geht, Awareness zu schaffen, sondern es auch Förderungen und Incentives gäbe – in dem man etwa steuerliche Anreize schafft, um Ansparpläne zu fördern.“ Auch soll den Menschen die Scheu vor dem Kapitalmarkt genommen werden: Sommer-Hemetsberger: „Wichtig ist uns zu betonen, dass die Teilnahme am Kapitalmarkt nichts Elitäres ist.“



Angelika Sommer-Hemetsberger leitet die IV-Task Force „Kapitalmarkt und Unternehmensfinanzierung“.



Industrie hat Österreich am Laufen gehalten

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig der Beitrag der Industrie und ihrer Beschäftigten für Versorgungssicherheit, sozialen Zusammenhalt und Lebensqualität in Österreich ist. Entscheidend war und ist, dass die Produktion während der Corona-Maßnahmen aufrecht bleiben und damit weitergearbeitet werden konnte. Sichtbar wurde auch, wie

wichtig aufrechte und funktionierende Lieferketten sind. Mit ihrer aktuellen Social Media-Initiative „Respekt“ weist die IV darauf hin, wie viele Menschen und Unternehmen dahinterstehen, damit wir täglich mit lebensnotwendigen und allgemeinen Gütern versorgt werden. Daher ist es auch wichtig zu sagen: „Danke für Euren Einsatz, der Österreich am Laufen hält.“

Realistischer Weg statt absurder Forderungen

Was die Industrie für das Klima leisten kann, wenn man sie lässt: Zwischen grüner Klimapolitik und innovationsgetriebenem Klimaschutz, der tatsächlich wirkt, liegen oft Welten. Die Industrie zeigt auf, wie Klimamaßnahmen aussehen müssen, die dem Klima helfen – und die Zukunft der (energieintensiven) Produktion im Land sichern. Beides ist möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Darf es noch ein bisschen mehr sein? Die EU-Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent zu senken, ist eine gewaltige Herausforderung. Trotzdem gibt es Stimmen, welche die Einsparungsvorgaben in Europa und Österreich noch weiter nach oben schrauben wollen. Das übrigens zu einem Zeitpunkt, zu dem China 300 neue Kohlekraftwerke errichtet, die über 700 Mio. Tonnen CO₂ emittieren werden. Zum Vergleich: Ganz Österreich stößt pro Jahr 80 Mio. Tonnen CO₂ aus.

Für IV-Präsident Georg Knill ist klar: „Wer das Ende allen CO₂-Ausstoßes vor 2040 fordert, tut das leider im Wissen, dass das erstens technisch nicht realisierbar ist und dass das zweitens dem weltweiten Klimaschutz wenig nützt. Faktenbasierte Klimaschutzpolitik sieht anders aus.“ Dazu kommt: Klimaschutz-NGOs und Grün-Politiker erzählen ihren Sympathisanten und Spendern mit den kolportierten wirtschaftlichen Chancen des Klimaschutzes nur einen Teil der Wahrheit. Der andere Teil lautet: Klimaschutz kostet ein Vermögen – und wird am Ende von den Konsumenten und Steuerzahlern zu tragen sein. „Diese unbequeme, aber fundamentale Wahrheit muss klar kommuniziert werden – sonst gibt es ein böses Erwachen“, fordert IV-Präsident Knill.

Vorreiter statt Bremser

Die Devise der Industrie in Sachen Klimaschutz: Vernünftige Klimapolitik muss so gestaltet werden, dass dem Klima geholfen wird, aber (energieintensive) Produktion im Land weiter möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Nur das sichert Arbeitsplätze, Wohlstand und damit nachhaltigen sozialen Frieden. „Weder Klima noch Umwelt wäre langfristig gedient, wenn wir umweltfreundlich produzierende Wirtschaft und Arbeitsplätze durch immer härtere Auflagen in Länder vertreiben, in denen Klimaschutz leider nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle spielt. Das schafft neue, fatale Abhängigkeiten bei bestimmten Gütern und schadet dem Weltklima weit mehr, als es je nützen könnte“, betont IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Für die IV ist wichtig, dass das eingefahrene Schwarz-Weiß-Denken von Umweltpolitikern und Umweltschutz-NGOs endlich der Vergangenheit angehört. Neumayer: „Die Industrie ist kein Bremser beim Klimaschutz, wir sind Vorreiter. Wir sind Teil der Lösung. Nirgendwo auf der Welt wird eine Tonne Zement mit weniger CO₂-Emissionen produziert als in Österreich. Auch die heimische Eisen- und Stahlindustrie ist Benchmark in der Nachhaltigkeit. Die Zulieferindustrie hat sich bei Klimatechnologien ebenfalls stark aufgestellt. Für all diese Leistungen haben Unternehmen, die im rauen internationalen Wettbewerb stehen, gewaltige Investitionen getätigt. Klima und Volkswirtschaft können darauf nicht verzichten.“ Zahlreiche Beispiele zeigen, welche Anstrengungen Österreichs Industriebetriebe rund um Forschung und Entwicklung für den Klimaschutz unternehmen – und wie erfolgreich sie dabei sind (siehe Kasten).

„Die Industrie ist kein Bremser beim Klimaschutz, wir sind Vorreiter. Wir sind Teil der Lösung.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

Weichen richtig stellen

Entscheidend ist jetzt, dass die klima- und industriepolitischen Weichen richtig gestellt werden. Der Industriellenvereinigung ist es insbesondere ein großes Anliegen, dass auch jene Unternehmen mitgenommen werden, für die hohe Energie-Kosten ein zentraler Wettbewerbsfaktor sind. Und das aus gutem Grund: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der energieintensiven Industrie – von Papier über Stahl bis Baustoff – ist erheblich. „Die Unternehmen der energieintensiven Industrie sichern in Summe rund 390.000 Arbeitsplätze. Mehr als jeder elfte Arbeitsplatz in

„Die energieintensive Industrie soll dabei unterstützt werden, kräftige Investitionen in die Zukunft zu tätigen.“

Peter Koren
IV-Vize-Generalsekretär

Österreich hängt an diesem Sektor“, erklärt IV-Präsident Georg Knill. Nach neuen Berechnungen des Industriewissenschaftlichen Instituts sorgt die energieintensive Industrie für 17 Mrd. Euro an Löhnen, Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben.

Aufschwung dekarbonisiert gestalten
Nachhaltiger Klimaschutz und energieintensive Produktion können und müssen eine gemeinsame Zukunft in Österreich haben. Dafür müssen die betroffenen Unternehmen aber unterstützt werden. Es braucht eine Kompensation der Kosten, die nicht am weltweiten Markt untergebracht werden können. Konkret schlägt die IV einen Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds vor: „Die energieintensive Industrie soll dabei unterstützt werden, kräftige Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Das würde sicherstellen, dass der Aufschwung ‚dekarbonisiert‘ gestaltet wird und Investitionen in die richtige Richtung gehen“, erklärt IV-Vize-Generalsekretär Peter Koren.

Konkret soll damit die ausreichende österreichische Finanzierung bestehender Klimaschutz-Instrumente ermöglicht werden: Dabei geht es etwa um die Kofinanzierung von Projekten des Innovationsfonds des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) oder von Investitionen bei den europäischen Großprojekten IPCEI Wasserstoff bzw. Low Carbon Industries. Mit diesen Important Projects of Common European Interest werden transeuropäische Konsortien aufgebaut, die technologische Lösungen für die Herausforderungen der





Zukunft auf den Weg bringen, sie skalieren und industriell umsetzen. Zudem sollte der Industrie-Dekarbonisierungs-Fonds die Erforschung, Herstellung und Nutzung von alternativen Treibstoffen vor allem für die Luftfahrt finanziell mittragen. Ebenfalls auf der Agenda der Industrie: Das Emissionshandelssystem erlaubt es EU-Ländern, Unternehmen Beihilfen zu gewähren, um die

„Nicht umsonst ist heute die österreichische Industrieproduktion die umweltschonendste weltweit.“

Georg Knill
IV-Präsident

durch das ETS verursachten Strompreiserhöhungen zu kompensieren. Das stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und verhindert die Verlagerung von Produktionskapazitäten in Regionen mit geringeren Klimaschutzanforderungen (Carbon Leakage). Finanziert werden könnte dieser Ausgleich mit Mitteln aus dem Fonds. Zudem sollte dieser genutzt werden, um klimapolitisch bedingte Kosten für die CO₂-reduzierte Produktion über einen längeren Zeitraum auszubalancieren.

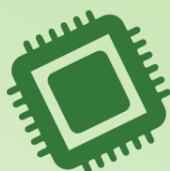
Belastungen begrenzen

Notwendig ist aus Sicht der Industrie auch eine entsprechende Ausrichtung geplanter Gesetzesvorhaben. Beim Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) steht der Umbau des Energiesystems in Richtung Klimaneutralität außer Streit. Das EAG muss aber Planungssicherheit

auch für die Industrie gewährleisten, die ihre Prozesse von fossilen Energieträgern auf erneuerbaren Strom umzustellen hat. Entscheidend ist die Versorgungssicherheit. Um Blackouts vermeiden zu können, muss der Ausbau erneuerbarer Energieproduktion vom Ausbau entsprechender Infrastrukturen begleitet werden. Bei den Förderungen für erneuerbare Energieträger fordert die Industrie, dass die Belastungen für private und betriebliche Energiekunden auf eine Milliarde Euro pro Jahr begrenzt werden.

Ein wichtiges Thema ist auch die Dauer von Genehmigungsverfahren, etwa für Wasserkraft- oder Windkraftwerke. „Wenn die Dauer der Genehmigungsverfahren nicht einschätzbar ist, werden Projekte nicht realisiert. Das gilt für Energieerzeugungsanlagen genauso wie für die Energie-Infrastruktur“, warnt Neumayer. Er erinnert daran, dass der Bau der 380-kV-Leitung in der Steiermark über 20 Jahre gedauert hat und dass in Salzburg das aktuelle 380-kV-Projekt zur Umweltverträglichkeitsprüfung bereits 2012 eingereicht wurde.

IV-Präsident Georg Knill resümiert: „Es ist wichtig, dass Österreich an europäischen Konsortien zur Stärkung strategischer europäischer Wertschöpfungsketten offensiv teilnimmt. Das Interesse und die Technologiekompetenz der Unternehmen sind jedenfalls vorhanden. Der österreichische Aufbau- und Resilienzplan bietet die Chance, diese neuen Projekte zu finanzieren. Nun liegt es an der Politik, die neuen IPCEIs prioritär im Aufbauplan zu positionieren.“ Für ihn ist zudem klar: „Nachhaltigkeit ist ein zentrales Anliegen für Österreichs Unternehmen, nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial. Nicht umsonst ist heute die österreichische Industrieproduktion die umweltschonendste weltweit. Wir haben nicht nur die Thunbergs dieser Welt in unseren Unternehmen, sondern auch die Düsentriebe, die diese mittels Innovationen auch umsetzen.“



INDUSTRIE MIT INNOVATION AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT

Aus CO₂ wird hochwertiger Kunststoff

Lafarge, OMV, VERBUND und Borealis haben 2020 das Projekt „Carbon2Product-Austria“ gestartet. Ziel ist die Schaffung einer sektorenübergreifenden Wertschöpfungskette sowie die Errichtung einer Anlage im industriellen Maßstab bis 2030, welche eine Abscheidung von nahezu 100 Prozent des jährlichen Ausstoßes von rund 700.000 Tonnen CO₂ im Lafarge Zementwerk Mannersdorf ermöglicht. Das abgeschiedene CO₂ stünde so als wertvolle Ressource zur Verfügung, denn mithilfe von Wasserstoff wird das abgeschiedene CO₂ zu Kohlenwasserstoffen verarbeitet. Hierbei kommt grüner Wasserstoff zum Einsatz, der durch VERBUND in einem Elektrolyseprozess auf Basis von Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird. Diese Kohlenwasserstoffe werden im weiteren Produktionsprozess in erster Linie für die Herstellung hochwertiger Kunststoffe (OMV, Borealis) genutzt. Das Endprodukt basiert somit auf erneuerbarer Energie und zeigt damit einen funktionierenden Kreislauf von CO₂ auf.

Klarer Plan zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion

Die Politik hat ambitionierte Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen gesetzt. voestalpine sieht sich als Teil der Lösung und hat mit greentec steel einen klaren und ambitionierten Plan zur Dekarbonisierung der Stahlproduktion entwickelt. Neben der Optimierung der bestehenden Hochofenroute plant voestalpine zunächst den schrittweisen Umstieg von der kohlebasierten Hochofen- auf eine grünstrombasierte Elektrostahlroute. Durch die Anwendung innovativer Produktionstechnologien könnten die CO₂-Emissionen bis 2030 jährlich um rund drei bis vier Mio. Tonnen bei gleichzeitiger Beibehaltung der höchsten Produktqualität gesenkt werden. Langfristig wird angestrebt, den Einsatz von grünem Strom und grünem Wasserstoff im Stahlerzeugungsprozess sukzessive zu erhöhen und so bis 2050 CO₂-neutral zu produzieren. Dazu werden auch umfangreiche F&E-Projekte durchgeführt. Die Umsetzung all dieser Vorhaben ist abhängig von energie-, klima-, wirtschafts- und industriepolitischen Rahmenbedingungen auf nationaler und EU-Ebene.

Präsenzlehre ist durch nichts zu ersetzen

Wie das restliche Schuljahr noch gerettet werden kann und welche Lehren aus den vergangenen Monaten gezogen werden müssen, haben IV-Bildungsexperten analysiert.

Schulen zu, Schulen auf, Sommerschule, Herbst-Lockdowns, aus den Weihnachtsferien ins Distance Learning, dann Schichtbetrieb und nun eine Mutation, die zusehends überhandnimmt. Im April befand sich Ost-Österreich wieder im harten Lockdown mit Distance Learning, in Restösterreich wurde der Schichtbetrieb fortgeführt. Perspektive? Ungewiss. Es ist anzunehmen, dass die epidemiologische Lage wohl auch bis auf Weiteres keine Verschnaufpause oder auch nur Planungssicherheit im Bildungsbereich zulassen wird. Nach einem Jahr Pandemie liegen die Nerven der Betroffenen blank, der volkswirtschaftliche Schaden von Schulschließungen ist erwiesenermaßen enorm und die Zunahme psychologischer Probleme alarmierend.

Wichtige Initiativen gesetzt

Gleichzeitig ist – nicht zuletzt auf Initiative der Industriellenvereinigung – in den vergangenen Monaten Positives gelungen: Ein „Rettungsschirm Bildung“ finanziert mit 200 Mio. Euro zusätzliche Förderstunden zum Aufholen entstandener Bildungsdefizite, Summer Schools werden quantitativ wie qualitativ ausgebaut und der Notenschluss verschoben, um das Schuljahr voll auszunützen. Infrastrukturelle Rahmenbedingungen

(Stichwort: Endgeräte) wurden laufend verbessert und Pädagogen durch Fortbildungen beim Digi-Teaching unterstützt. Systematische Teststrategien ermöglichen (theoretisch) einen halbwegs geordneten Schichtbetrieb und ein Großteil des pädagogischen Personals an Schulen und Kindergärten wurde bereits geimpft.

Fest steht aber: Präsenzlehre ist durch nichts zu ersetzen. Für das verbleibende Sommersemester müssen daher weiterhin sämtliche Anstrengungen einem möglichst geregelten Bildungsbetrieb gelten. Mit der gleichen Intensität muss nun aber auch über den Sommer hinaus gedacht werden.

Erfahrungen aus Corona-Zeit systematisch aufarbeiten

Erstens: Die sogenannte Bildungsschere, bei der das „Zurücklassen“ schwächerer Kinder und Jugendlicher in Kauf genommen wird, gab es im österreichischen Schulsystem bereits vor Corona – mit einem weiteren Auseinandergehen ist daher zu rechnen. Bildungsdefizite müssen somit nicht nur unmittelbar aufgeholt werden, sondern künftig auch nach Kräften verhindert werden. Zweitens: Das Potenzial des pandemiebedingten „Kaltstarts“ im Bereich der digitalisierten (Aus-)



Bildung muss nachhaltig genützt und institutionell verankert werden. Und nicht zuletzt drittens: Viele Problemfelder, aber auch Best Practices, rückten pandemiebedingt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit: Das in vielen Texten bemühte „Brennglas“ dieser

Pandemie kann nur dann wirklichen Nutzen bringen, wenn die Erfahrungen aus der Corona-Zeit systematisch aufgearbeitet werden. Wenn man zukünftig Entscheidungen für ein modernes Bildungssystem treffen will, ist das unumgänglich.

AKTUELLES IN KÜRZE

Österreich bei IPCEI Mikroelektronik dabei

Im März hat die Europäische Kommission die österreichische Teilnahme an einem paneuropäischen Schlüsselvorhaben zur Weiterentwicklung des europäischen Mikroelektroniksektors genehmigt. Nach der Bewilligung des IPCEIs Mikroelektronik im Dezember 2018 in Europa tritt nun auch Österreich diesem „Important Project of Common European Interest“ (IPCEI) bei. Das Großvorhaben umfasst ein Gesamtinvestitionsvolumen von 8,4 Mrd. Euro.

Insgesamt 32 Partner aus Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich sowie Großbritannien engagieren sich beim IPCEI Mikroelektronik, darunter drei Technologie-Frontrunner aus Österreich. Im Zentrum steht die Entwicklung von energieeffizienten Chips, Leistungshalbleitern und Leistungselektronik. Mit zahlreichen Kooperationen können durch Spillover-Effekte (d.h. Abstrahleffekte)

auch weitere Wirtschaftsbereiche von dem Projekt profitieren.

IPCEI Mikroelektronik ist nach IPCEI Batterien bereits das zweite Großprojekt, an dem Österreich partizipiert. Weitere IPCEIs zu den Themen Wasserstoff, Mikroelektronik II und Dekarbonisierung sind auf europäischer Ebene in Vorbereitung. Aus IV-Sicht ist wichtig, dass Österreich an diesen Zukunftskonsortien aktiv teilnimmt, insbesondere wenn es um eine erfolgreiche Bewältigung der grünen und digitalen Transformation geht. Das Interesse und die Technologiekompetenz der Unternehmen sind jedenfalls vorhanden. Und auch der österreichische Aufbau- und Resilienzplan bietet die Chance, diese neuen Projekte zu finanzieren. Es liegt an der Politik, die neuen IPCEIs prioritär im Aufbauplan zu positionieren und damit weitere Tickets in die Zukunft zu lösen.

Gesellschaftliche Verantwortung entlang der Lieferkette

Die Kontrolle von Sozial- und Umweltstandards in Lieferketten global tätiger Unternehmen und die Prävention von Missständen sind bereits seit mehr als einem Jahrzehnt Diskussionsthema im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung. Unternehmen stehen immer wieder in der Kritik, Menschenrechtsverletzungen oder Umweltschäden entlang ihrer Lieferketten mitzuschulden. Dabei ist Europa längst führend im verantwortungsvollen Unternehmertum.

Zahlreiche international bewährte Standards und Leitlinien zum sozial- und umweltverträglichen Management werden seit Langem in der Praxis erfolgreich angewandt. Denn aufgrund der Komplexität, Vielfältigkeit und Fragmentierung der Lieferketten galt im CSR-Management und Reporting bis jetzt der Grundsatz der Freiwilligkeit.

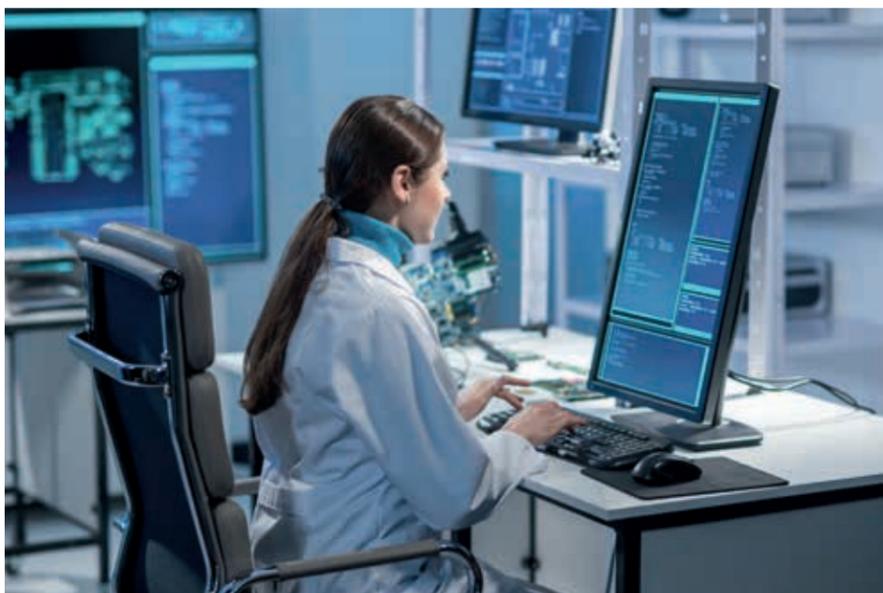
Die Europäische Kommission arbeitet aktuell im Gleichklang mit dem Europäischen Parlament an einem Gesetzesentwurf, der in den Bereichen „Sustainable Corporate Governance“ und „Due Diligence“ verpflichtende Regeln einführen will. In einigen europäischen EU-Ländern existieren bereits nationale Gesetze. Auch in Deutschland soll bis zum Herbst ein „Lieferkettengesetz“ beschlossen werden.

Die IV arbeitet intensiv daran, Rechtssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischen Gestaltungsspielraum im zukünftigen Gesetzestext sicherzustellen sowie den bürokratischen Aufwand zu minimieren und ist dazu im engen Austausch mit der europäischen und nationalen Politik und Verwaltung. Diskussionspunkte sind u.a. der Geltungs- und Anwendungsbereich, Haftungsfragen sowie Kohärenz mit anderen EU-Richtlinien.

Bitte um Unterstützung: Gebrauchte PCs, Laptops, Monitore für Schüler benötigt

Die ehemaligen Flüchtlingskoordinatoren Christian Konrad und Ferry Maier (Allianz „Menschen.Würde. Österreich“) unterstützen den gemeinnützigen Verein „PCs für alle“ bei der Suche nach gebrauchten PCs, Laptops, Monitoren und Zubehör, damit diese aufbereitet und kostenlos an Schulen, karitative NGOs sowie an finanziell schlecht gestellte Menschen weitergegeben werden können. Leider fehlen dem Verein aktuell solche Geräte zur Aufbereitung. Sollten Sie geeignetes Equipment abzugeben haben, bitten wir um

Kontaktaufnahme unter office@mwoe.at – vielen Dank!



„Nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ im Fokus

Markus Gstöttner, stellvertretender Kabinettschef und wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzler Sebastian Kurz, war im April Gast im JI-Bundesvorstand. Im Interview mit den „iv-positionen“ gibt er einen Ausblick auf die geplanten Schwerpunkte der Bundesregierung.

Lieber Markus, wie kann Österreich nach der akuten Gesundheitskrise wieder zu Wachstum und mehr Beschäftigung finden?

Es wird wichtig sein, mit der fortschreitenden Durchimpfung auch die Lockerung der bestehenden COVID-Maßnahmen so verantwortungsbewusst und schnell wie möglich umzusetzen. Dazu gehören neben allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens auch die europäische Reisefreiheit, die besonders für ein export- und tourismusstarkes Land wie Österreich wichtig ist. Mit dieser Öffnung werden auch das wirtschaftliche Wachstum und die Entspannung am Arbeitsmarkt einsetzen. Daneben müssen wir aber auch unsere Lektionen aus der Krise lernen und umsetzen – vor allem in der Digitalisierung.

Corona hat Österreich viel Geld gekostet – wie lässt sich das gestiegene Defizit wieder in den Griff kriegen?

Das Wichtigste wird sein, dass wir rasch wieder ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum schaffen. Die Republik konnte sich dank der verantwortungsbewussten Haushaltspolitik der letzten Jahre die gesamte Corona-Pandemie hindurch zu Nullverschulden und wir werden dieses Geld zurückzahlen können, wenn wir wirtschaftlich wachsen. Darüber hinaus sind die im Regierungsprogramm vorgesehenen

Reformen zur Reduktion der öffentlichen Ausgaben auch in dieser Phase wichtig, so wie auch die verstärkte Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Wir leben im Zeitalter der Digitalisierung – wird es da ausreichen, nur bei der Verwaltung anzusetzen?

Nein, es gibt unterschiedliche Bereiche, in denen die Bundesregierung hier arbeitet. Wichtig sind besonders der Ausbau der digitalen Infrastruktur (Breitband), die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung und verstärkte Digitalisierung in der Bildung. Weiters spielt natürlich auch die Stärkung der öffentlichen Kompetenzen im Bereich Cybersicherheit eine wichtige Rolle. Wo immer möglich, wollen wir auch heimische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Geschäftsmodelle und Prozesse zu digitalisieren.

Stichwort Wachstum: Ganz Europa kommt, etwa im Vergleich mit den USA und China, zunehmend unter Druck – sind wir sozusagen am absteigenden Ast?

Österreich und Europa haben hier grundsätzlich gute Voraussetzungen im internationalen Wettbewerb – Rechtsstaatlichkeit, einen der größten Binnenmärkte der Welt und führende Sozialstandards. Gleichzeitig müssen wir es wieder schaffen, diese

bestehenden Stärken mit einem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und einem selbstbewussten Auftreten in der Welt zu vereinbaren. Wir müssen den europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen und gemeinsame Standards schaffen, an die sich dann auch alle halten. Wir müssen die Digitalisierung in der öffentlichen Infrastruktur und Verwaltung vorantreiben und sie damit auch in der Wirtschaft verstärkt unterstützen. Und wir müssen unsere Klimaziele auf eine Art und Weise erreichen, die den Standort Europa weiter stärkt und Wertschöpfung sichert.



ZUR PERSON Markus Gstöttner

Stellvertretender Kabinettschef und wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzler Sebastian Kurz



Aus der Krise lernen?

Bei einer Sitzung des JI-Bundesvorstandes konnten wir mit Markus Gstöttner (siehe Interview) diskutieren – die Frage, ob wir wirklich aus der Krise lernen werden, beschäftigt mich dabei am meisten.

Im Gespräch haben wir beispielsweise auch die Themen digitaler Hilfsmittel im Rahmen der Pandemie besprochen, sei es Stopp-Corona-Apps oder etwa ein digitalisiertes, zentrales Impf-Management. Bei uns in Europa war hier vieles nicht möglich, was anderswo gelungen ist, Stichwort Datenschutz und entsprechende Sorgen der Bürger. Ein solider Datenschutz kann auch eine Stärke als Standort sein, aber natürlich muss in Krisenzeiten doch Handlungsfähigkeit gegeben sein. Das Gleiche gilt auch für den Föderalismus. In Deutschland wird das bereits intensiv diskutiert: Föderale Strukturen können Vorteile bringen, in großen Krisen wäre aber vielleicht ein bisschen mehr bundesstaatliche Handlungsfähigkeit zu wünschen.

Klar, als Erstes ist nun zu hoffen, dass die Impfkampagne wirklich Fahrt aufnimmt, damit wir im Sommer/Herbst aus dem Schlimmsten draußen sind. Aber dann werden wir auch in Österreich diese und viele weitere Fragen intensiv diskutieren müssen. Denn wenn wir es nicht schaffen, in Veränderungen vor allem große Chancen zu sehen, wäre das kontraproduktiv. Es wird nicht die letzte Herausforderung sein – gemeinsam können wir die (digitale) Zukunft aber meistern!

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

JI-Wien im Gespräch mit Fridays for Future

Ende März diskutierte die JI-Wien mit Adrian Hiss, Aktivist von Fridays for Future (FFF), über das Schicksal der FFF-Bewegung in Zeiten von Corona, das politische Programm der jungen Klimademonstranten und die Rolle der Industrie für die Klimawende.

Im Gespräch mit JI-Wien-Vorstandsmitglied Ludwig Malina-Altzinger schilderte Hiss, dass das Pariser Klimaziel von 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau im Zentrum aller politischen Bemühungen stehen müsse. Dafür sei Klimaneutralität bis 2030 – so eine zentrale Forderung von FFF – unumgänglich, was nur durch radikale Maßnahmen wie das Ende „fossiler Großprojekte“ oder eine „Ressourcenbesteuerung der fossilen Industrie“ erreicht werden könne. Angesprochen auf die ökonomische und

soziale Tragweite vieler Forderungen der Gruppierung betonte Hiss die Bedeutung von „Klimagerechtigkeit“, also einer Bewältigung der Klimakrise, die soziale Erwägungen miteinbezieht. Die Corona-Pandemie würde hier eine Chance bieten, durch gezielte Förderungen nachhaltige Investitionen zu unterstützen. Die österreichische Industrie könne bei der Klimawende ein wichtiger Partner sein und im Dialog mit der Klimabewegung innovative Lösungen entwickeln, die Ökonomie und Ökologie unter einen Hut bringen.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@ivat, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner. Lektorat: Brigitte Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/Energie Burgenland, IV-Kärnten/AdobeStock, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/Stock, IV-Salzburg/AdobeStock, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/ AdobeStock, IV-Wien/Stock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



JI-FACTBOX

Eine Milliarde Euro zusätzlich pro Jahr stünde für die Elementarpädagogik in Österreich zur Verfügung, wenn Österreich zumindest so viel in frühkindliche Bildung investieren würde wie der Schnitt der EU-Staaten. (OECD, Family benefits public spending 2019)



Digitalisierungsoffensive: Vernetzung von Industrie und KMU durch neue Hubs

Seit Februar 2021 hat die Steiermark zwei Digital Innovation Hubs (DIH), den „DIH-SÜD“ und den „DIH INNOVATE“. Sie ergänzen die drei österreichweit bereits bestehenden Hubs im Osten, Westen sowie den Digital Makers Hub und sollen die Digitalisierung der Region Süd-Österreich vorantreiben.

Digital Innovation Hubs sind nicht-wirtschaftlich tätige Kompetenznetzwerke, die KMU bei ihren Digitalisierungsbestrebungen unterstützen. Das Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) und die Nationalstiftung Forschung|Technologie|Entwicklung fördern die Einrichtung dieser nationalen Hubs seit 2019.

Kernaufgabe sind die Vernetzung und der Austausch von etablierten Akteuren – vielfach aus der Industrie kommend – mit Newcomern im breiten Feld der Digitalisierung. Synergien zu nutzen und der Aspekt des voneinander Lernens soll digitale Prozesse in KMU implementieren und Innovationen fördern. Eintrittsbarrieren gibt es dabei keine und Unternehmen, ungeachtet ihrer Größe und ihrer digitalen Erfahrungswerte, sind eingeladen, sich zu vernetzen. Eine Fülle an maßgeschneiderten Angeboten unterstützt in den verschiedensten Digitalisierungsphasen und bietet ein individuelles Service für jedes Unternehmen. Interessenten wird von Erstinformationen über Beratung und Qualifizierung bis hin zur Begleitung von konkreten Innovations- und Forschungsprojekten Unterstützung angeboten. KMU erhalten einfachen Zugang zu Know-how und vorhandenen Infrastrukturen der Partner. In der Steiermark gibt es ab sofort zwei Hubs, die unterschiedliche Schwerpunkte verfolgen.

DIH-SÜD (Digital Innovation Hub Süd)

Der DIH-SÜD setzt sich aus den zentralen Akteuren des regionalen Forschungs- und Innovationssystems der Bundesländer Steiermark, Kärnten, Burgenland und Osttirol zusammen. Das entsprechende Leistungspaket beinhaltet die folgenden thematischen Schwerpunkte:

- Produktions- & Fertigungstechnologien
- Sicherheit
- Data Science – Wissen aus Daten
- Digitale Geschäftsmodelle & -prozesse
- Logistik
- Humanressourcen & Nachwuchs

Im DIH-SÜD versammeln sich folgende Partner, um Maßnahmen und Aktivitäten gemeinsam durchzuführen: JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH, Technische Universität Graz, FH JOANNEUM Gesellschaft mbH, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Fachhochschule Kärnten und BABEG Kärntner Betriebsansiedlungs- & Beteiligungs GmbH.

Diese werden unterstützt von: CAMPUS O2 Fachhochschule der Wirtschaft GmbH, Know-Center GmbH Research Center for Data-Driven Business & Big Data Analytics, Institut für Nachhaltige Technologien (AEE INTEC), ASMET Research GmbH, Lakeside Labs GmbH, Lakeside Science & Technology Park, build! Gründerzentrum Kärnten, UMIT Tirol Private Universität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik und Technik – Campus Technik Lienz, Verein N'Cyano, Forschung Burgenland GmbH sowie der Automatisierungsplattform Styria.

Zusätzlich werden Multiplikatoren in der Südregion wie z. B. der KWF Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds, die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft SFG, die Cluster-Initiativen, die Industriellenvereinigung (IV-Steiermark) und Wirtschaftskammer (WKO Steiermark), die Raiffeisen Landesbanken Steiermark und Kärnten (RLB) sowie das Fraunhofer Innovationszentrum KI4Life in das Netzwerk integriert. Darüber hinaus ergänzen und unterstützen bei Bedarf externe Dienstleister als Drittleister die Vorhaben, um Digitalisierungsmaßnahmen bei den KMU in der Region bestmöglich implementieren zu können.

KONTAKT

Stefan Schafranek
JOANNEUM RESEARCH
Forschungsges. mbH
stefan.schafranek@joanneum.at



DIH INNOVATE

Bei INNOVATE handelt es sich um einen Zusammenschluss mehrerer Digitalisierungszentren in Österreich, bestehend aus Universitäten, Forschungsinstituten und Innovationszentren, deren Ziel es ist, technologische Innovationen fokussiert und langfristig mit der österreichischen Praxis zu verknüpfen.

INNOVATE will in den kommenden Jahren Potenziale aus dem digitalen Wandel identifizieren und gemeinsam mit Klein- und Mittelunternehmen der Land-, Forst-, Holz-, und Energiewirtschaft nutzen und setzt dabei auf folgende Themenschwerpunkte:

- Robotics
- Automation
- AI
- Smart Industry & Infrastructure (Cybersecurity, Blockchain)
- Big Data
- Forecasts & Simulation

Konkret konzentrieren sich die Aktivitäten von INNOVATE auf Information, Beratung, Weiterbildung, die Vernetzung der KMU mit Digitalisierungsexperten, sowie den Transfer von Entwicklungsergebnissen in standardisierte praktische Umsetzungen.

Dabei ist nicht nur der integrierte Ansatz entlang der gesamten Innovationswertschöpfungskette wesentlich, sondern auch die lückenlose Begleitung der Angebote

durch Coaching- und Unterstützungsmaßnahmen in der Praxis, sowie dem Zugang zur Infrastruktur einschlägiger Digitalisierungseinrichtungen. Beteiligte Organisationen am DIH INNOVATE sind: THI Techhouse GmbH, Wood K PI us, FH Salzburg, Möbel- und Holzbau Cluster, Universität für Bodenkultur (BOKU), Institut für Landtechnik, Josephinum Research, Montanuniversität Lehrstuhl für Energieverbundtechnik, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Institut für Höhere Studien (IHS), Know-Center GmbH Research Center for Data-Driven Business & Big Data Analytics, Blue Minds Solution.

KONTAKT

Valerie Herzog
THI Techhouse GmbH
valerie.herzog@tech-house.io

FACTBOX

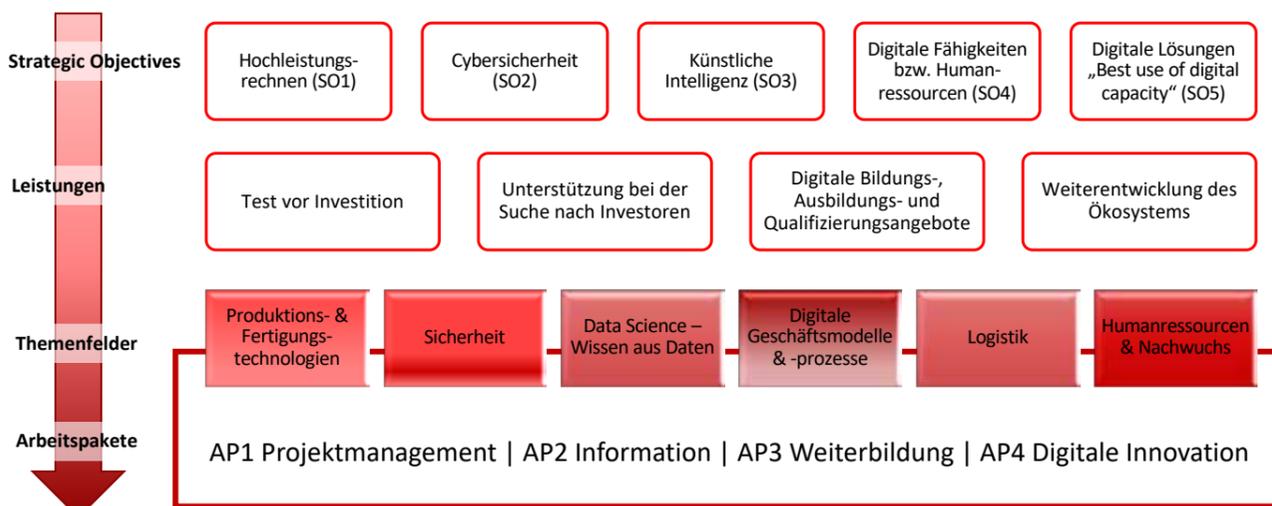
Ziele, die mit DIHs erreicht werden sollen:

- Große regionale Abdeckung – Hubs („Digitalzentrum“) als erste Ansprechpartner in leicht erreichbarer direkter Umgebung
- Inhaltliche Abstimmung des Angebots auf die regionalen Bedürfnisse unter besonderer Berücksichtigung der Zukunftsthemen Artificial Intelligence, Data Science, Cybersecurity sowie allgemein Digitalisierungsstrategien
- Vorbereitung der österreichischen Stakeholder auf die Beteiligung an entsprechenden europäischen Innovation-Hub-Initiativen

WEBTIPP

Allgemeine Informationen zu DIHs:
<https://www.ffg.at/dih>
DIH-SÜD:
<https://www.dih-sued.at>
DIH INNOVATE:
<https://www.dih-innovate.at/>

GEPLANTE LEISTUNGEN, THEMENFELDER UND AP





Raiffeisenlandesbank-Generaldirektor Martin Schaller (l.) mit Max Hagenbuchner und IV-Chefökonom Christian Helmenstein (r.)



Manöverkritik – eine Annäherung

Eine der wichtigsten Aufgaben nach der Pandemie wird es sein, eine umfassende „Manöverkritik“ auf allen Ebenen durchzuführen – was hat uns am Weg durch die vergangenen Monate geholfen, was behindert? Und zu analysieren, welche nachhaltigen Veränderungen die letzten Monate für die Steiermark gebracht haben. Einige Erkenntnisse lassen sich bereits jetzt klar ableiten – die Umsetzung der aus ihnen zu ziehenden Schlüsse kann unmittelbar beginnen, wie drei erste Beispiele zeigen.

Erstens: Die Digitalisierung ist mit enormer Geschwindigkeit und umfassend in der Steiermark angekommen. Der Ausbau der Datenanbindung von Unternehmen (Glasfaser, 5G), aber auch die Anpassungen von Aus- und Weiterbildungsinhalten sind Voraussetzung für eine gelungene Transformation von Arbeitsplätzen, Geschäftsmodellen und der Region insgesamt.

Zweitens: Länder mit funktionierenden, einheitlichen, digitalen Verwaltungssystemen haben die komplexe Aufgabe der Organisation und Abwicklung von Impfungen besser lösen können. Österreich muss schonungslos Schnittstellenprobleme zwischen den Verwaltungsebenen, aber auch innerhalb dieser Ebenen identifizieren und beseitigen. Top-Down ist dabei der einzige Weg, der zu Effizienz führen kann – neun Lösungen sind keine Lösung.

Und drittens: In krisenhaften Situationen zeigen sich Wissen über und Bewusstsein für volkswirtschaftliche Zusammenhänge und Relationen besonders deutlich. Gesamtwirtschaftliche Konsequenzen von Maßnahmen müssen künftig ausgeprägte Grundlage für Entscheidungsfindung und Kommunikation sein – von der Frage der „Systemrelevanz“ der Produktion bis hin zur Frage der Priorisierung bei Zuteilungen von knappen Gütern, wie Impfstoffen.

Die Welt um uns herum ist nach Corona nicht mehr dieselbe wie vor der Pandemie. Als Region müssen wir uns und unsere Rolle in diesem neuen Umfeld definieren. Wir brauchen dabei Unternehmen, die die globalen Trends abbilden und diese auch prägen können. Und wir müssen den für diese Unternehmen notwendigen Rahmen in der Steiermark und in Österreich schaffen. Die unabdingbar notwendige kurzfristige Anpassung der digitalen Infrastruktur an die Anforderungen mit langfristiger Perspektive investierender Unternehmen ist dabei einer der grundlegendsten und wichtigsten Schritte. Wenn auch nicht der Einzige.

Ihr


Stefan Stoltzka,
 Präsident der IV-Steiermark

Konjunkturmotor dreht in der Steiermark wieder hoch

Ganz im Zeichen des Aufbruchs stand das 31. Konjunkturgespräch, das von der Raiffeisenlandesbank in Kooperation mit der IV-Steiermark veranstaltet wurde.

Generaldirektor Martin Schaller konnte gemeinsam mit Christian Helmenstein, Chefökonom der Industriellenvereinigung Österreich (IV), rund 500 Gäste via Livestream beim traditionellen Konjunkturgespräch begrüßen. Die Veranstaltung bot neben der alljährlichen Konjunkturprognose auch Einblicke in die Welt der Generation Z.

Industrie feiert Comeback

Österreich weist derzeit nach wie vor eine gesplante konjunkturelle Entwicklung auf.

Diese Dualität manifestiert sich in einem deutlich von der Industrie getragenen konjunkturellen Aufschwung, der dem Dienstleistungssektor enteilt. Zwar konnte die Lücke der intersektoralen Aufspaltung in Österreich im Februar spürbar verringert werden, mit jedem weiteren Lockdown ist jedoch eine neuerliche Dynamisierung der Schere zwischen Industrie und Dienstleistung zu erwarten. Für die heimische, wie auch die europäische Industrie gilt der Befund, dass das Comeback gelungen ist und bereits im ersten Quartal das Prä-COVID-19-Niveau wieder erreicht werden konnte. Besonders

kräftig fiel die Erholung in den Branchen Automotive und der Chemischen Industrie aus. Die Steiermark war zu Beginn der Pandemie aufgrund des Zusammenspiels von massiven Exporteinbrüchen in der Industrie und einem Totalausfall ausländischer Gäste überdurchschnittlich stark betroffen. Der sich nun abzeichnende Rebound ist vor allem den positiven Effekten der Investitionsprämie auf den in der Steiermark stark verankerten Maschinen- und Anlagenbau zurückzuführen sowie auf die stabilisierenden Entwicklungen in der Automobilbranche und internationalen Märkten generell.

AKTUELLES IN KÜRZE

Lehrstellenförderung für Personen über 18 Jahre angehoben

Das AMS Landesdirektorium hat eine Verbesserung bei der Förderhöhe im Falle der Aufnahme von Lehrlingen über 18 Jahren beschlossen. Unternehmen, die ab 1. April 2021 einen Lehrling über 18 Jahre aufnehmen und ein Lehrlingseinkommen mindestens in Höhe des KV-Mindestlohns zahlen, erhalten vom AMS im 1. Ausbildungsjahr eine Förderung in Höhe von 900 Euro pro Monat. Im 2. Ausbildungsjahr beträgt die Förderung 500 Euro pro Monat. Damit soll ein Anreiz zur Aufnahme von Lehrlingen über 18 Jahren geschaffen und der Pool der möglichen Lehrlinge erweitert werden, um so offene Lehrstellen besser besetzen zu können. Die Neuerung ist auf das Jahr 2021 befristet.





190 Jahre Weitzer Parkett

Vom Sägewerk über die Holzspulenproduktion bis hin zu Parkett für die ganze Welt.

Österreichs Marktführer bei Parkettböden und Holzstiegen feiert in diesem Jahr sein 190. Jubiläum. Das in 7. Generation geführte Familienunternehmen zählt zu den führenden Parketherstellern Europas und ist weltweit tätig. Begonnen hat alles im Jahr 1831 mit der Gründung einer kleinen Drechslerei sowie eines Funiersägewerkes, die Spezialisierung auf die Produktion von Holzspulen für die Textilindustrie folgte. Seit den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts wird Parkett produziert und das mit großem, internationalen Erfolg: Das Produktionsvolumen liegt bei rund 2,8 Millionen Quadratmetern (2020), die Exportquote bei über 55 Prozent. Als Familienunternehmen denkt man in Generationen und handelt nachhaltig – so wird alles, das keine Verwendung für hochqualitativen Parkett findet, in Ökostrom zur Energieversorgung des eigenen Werkes sowie in Fernwärme für die Stadt Weiz umgewandelt.

Der behutsam gewachsene Familienbetrieb hat die Wandlung vom Kleinbetrieb zum international erfolgreichen Unternehmen

ZUM UNTERNEHMEN

Weitzer Parkett – gegründet 1831 – ist Österreichs Marktführer bei Parkettböden und Holzstiegen. Das in siebenter Generation geführte Familienunternehmen zählt zu den führenden Parketherstellern Europas und ist weltweit tätig. Weitzer Parkett steht für intelligente und funktionale Lösungen. Innovationen wie das Pflegefrei-Parkett, das Gesund-Parkett oder das Flüster-Parkett untermauern diesen Anspruch eindrucksvoll. Ökologische und soziale Verantwortung werden bei Weitzer Parkett großgeschrieben. Das Unternehmen ist Arbeitgeber für mehr als 600 Mitarbeiter. Eigene Vertriebsniederlassungen von Weitzer Parkett finden sich in Weiz und Wien (AT), in München (DE) sowie in Székesfehérvár (HU). Über qualifizierte Vertriebspartner ist Weitzer Parkett weltweit in mehr als 60 Staaten vertreten.

ohne Qualitätsverluste vollzogen. „Wir haben immer auf den Markt reagiert, unseren



Fokus auf die aktuellen Kundenbedürfnisse gelegt und waren mutig genug, stets neue Wege zu gehen“, bringt Josef Stoppacher das Erfolgsgeheimnis auf den Punkt. Dieses führte 2018 zur Eröffnung eines weiteren Werkes der Unternehmensgruppe im kroatischen Turopolje und mündet in den jüngsten Erfolg der innovativen Wärme-Parkett Systemlösung.

Eine Konstante säumt den so wandlungsfähigen Industriebetrieb über all die Jahre: Die Liebe zum natürlichen Rohstoff Holz.

WEBTIPP

Pflegefrei-Parkett: <https://bit.ly/3uPh9z4>

Gesund-Parkett: <https://bit.ly/3e4BoIY>

iDesign Parkett®: <https://bit.ly/3dbmta4>

Renovieren mit Weitzer Parkett: <https://bit.ly/3wRTj7N>

Umweltbotschaften, dass es wimmelt

„Let's save the Planet“ – geht nur gemeinsam mit der Industrie

Mit dem Industrieplakat, das in Kürze in vielen steirischen Klassenzimmern der Unter- und Oberstufe zu finden sein wird, laden wir Jugendliche ein, gemeinsam mit der steirischen Industrie Verantwortung für einen sauberen Planeten zu übernehmen. Mit lebensnahen Beispielen haben wir in den letzten Monaten Umweltbotschaften gesammelt, „dass es nur so wimmelt“, und illustriert.

Bewusst haben wir auf umfangreiche Statistiken verzichtet, sondern fangen die Wahrnehmung unserer Betrachter vielmehr auf einer Entdeckungsreise „portionsweise“ durch humorvoll illustrierte Botschaften ein. Umweltschutz, so lautet unser Appell an die Jugend, kann nur gemeinsam mit der Industrie gelingen. Hierbei zeigt das Plakat vor allem die enge Verbindung zwischen der Industrie und der Jugend auf, wenn es etwa heißt: „Wir alle

sind tagtäglich mit der Industrie verbunden. So versorgen zahlreiche Industriebetriebe bereits 100.000 steirische Haushalte mit Wärme und Energie“.

Umweltschutz braucht Forschung und Innovation und die wiederum zahlreiche „Helle Köpfe“, die ihn aktiv mitgestalten. Mit dem Plakat spricht die Industrie eine Einladung an die Jugend aus, die Zukunft – die individuelle wie auch die des Planeten – gemeinsam zu gestalten. Denn mit MINT – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – ist die Jugend im Job und beim Umweltschutz jedenfalls ganz hoch im Kurs.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter: www.dieindustrie.at



Dieser Ausgabe der iv-positionen liegt nebenstehendes Plakat bei. Sollten Sie Bedarf an weiteren haben, wenden Sie sich bitte per E-Mail an die IV-Steiermark (steiermark@iv.at).

